

Beschluss des Landrats vom 25.03.2021

Nr. 830

2. Zur Traktandenliste 2021

2020/668; Protokoll: ak, bw

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) erklärt, wegen der vormittäglichen Abwesenheit von Regierungsrat Isaac Reber werde Traktandum 9 erst am Nachmittag beraten.

Wegen Abwesenheit des Interpellanten Bálint Csontos muss zudem Traktandum 19 abgesetzt werden.

Marc Scherrer (CVP) beantragt die Absetzung von Traktandum 30 (Postulat 2020/333 der SP-Fraktion: Applaus ist nett, gerechte Löhne sind echte Wertschätzung). Vor 2 Wochen diskutierte der Landrat lange über Corona-Themen, und eine ähnlich ausufernde Diskussion gäbe es auch zu diesem Geschäft. Der Grosse Rat Basel-Stadt hat das bereits erlebt, und es ist nicht sinnvoll, darüber heute auch im Landrat zu diskutieren. Weil diese Thematik ohnehin in der nächsten VGK-Sitzung besprochen wird, soll das Traktandum heute abgesetzt und erst an der nächsten Sitzung behandelt werden.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) kann diesen Antrag nicht zulassen, denn § 75 Absatz 3 der Geschäftsordnung besagt, dass traktandierete Vorstösse nur abgesetzt werden können, «wenn der Urheber oder die Urheberin des Vorstosses abwesend ist und keine Stellvertretung bestimmt worden ist». Das ist hier nicht der Fall, deshalb muss das Geschäft auf der Traktandenliste bleiben.

Miriam Locher (SP) fragt, ob es die Möglichkeit gäbe, das Traktandum 30 an den Schluss der Traktandenliste zu schieben. So könnte sich das Problem lösen lassen. Es wäre wohl wirklich sinnvoll, das Thema zuerst in der VGK zu beraten.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) will den Pragmatismus hochhalten. Er hat als Präsident das Recht, «in zwingenden Fällen eine Änderung der Reihenfolge der Traktandenliste» anzuordnen, und ist der Ansicht, dass dieser Fall hier gegeben ist, falls der Rat damit einverstanden ist. – Da sich kein Widerspruch erhebt, würde Traktandum 30 erst als letztes Geschäft beraten.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung von Traktandum 19 beschlossen.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2021/176 der CVP/glp-Fraktion, FDP-Fraktion und SVP-Fraktion: «Wie steht es um die Kantonsfinanzen und wo fehlt das Geld in Zukunft?»*

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei mit der Dringlichkeit einverstanden.

Roman Brunner (SP) meint, für Dringlichkeit müsse entweder eine ablaufende Frist, also Termindruck gegeben oder aber Menschen an Leib und Leben bedroht sein. Beides ist in diesem Fall nicht gegeben. Zudem wurde im Landrat eigentlich vereinbart, dass nicht jeder Vorstoss mit Covid-Etikett dringlich ist. Der Regierungsrat möchte den Vorstoss aber dringlich entgegennehmen. Wenn der Regierungsrat die umfassenden Fragen in der Mittagspause seriös beantworten kann, dann legt die SP-Fraktion einer Diskussion am Nachmittag keine Steine in den Weg und unterstützt die Dringlichkeit, ohne die schlagenden Argumente dafür erkennen zu können.

Sara Fritz (EVP) ist über das Votum von Roman Brunner erstaunt, weil es in sich unlogisch sei. Sie plädiert für Konsequenz. Der Vorstoss ist nicht dringlich, weil die von Roman Brunner genannten Kriterien nicht erfüllt werden. Insofern ist er auch nicht dringlich zu behandeln.

Andreas Dürr (FDP) waren die von Roman Brunner genannten Kriterien in dieser Deutlichkeit (Leib und Leben) nicht bekannt und erachtet diese auch nicht als abschliessend. Hier gehe es um etwas sehr Dringliches. Man befindet sich in einer Krise und der Landrat braucht eine Lagebeurteilung. Als Schiffskapitän muss man den Kurs laufend im Auge behalten. Die finanzielle Situation des Kantons ist sogar das absolut zentrale Steuerziel. Wenn der Landrat einen Zwischenbericht braucht, dann ist dies mehr als dringlich. Gerade in der Zeit, in der die Etatisten mit dem Geld nur so um sich werfen.

Felix Keller (CVP) schliesst sich Andi Dürr an. Bis anhin wurde stets dringlich Geld ausgegeben. Das war sicherlich auch richtig. Es geht nun aber auch einmal darum, Kassensturz zu machen. Es ist genauso dringlich, zu wissen, wie viel Geld noch in den Kantonskassen ist. Der Regierungsrat ist bereit, heute Nachmittag zu berichten, also soll ihm dazu Gelegenheit gegeben werden. Es ist für alle Anwesenden von Interesse, wie die finanzielle Situation heute aussieht. Deshalb ist die Interpellation dringlich.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist erstaunt, dass die Regierung ihre eigenen Kriterien bezüglich Dringlichkeit, die sonst stets sehr hochgehalten würden, hier mit keiner Silbe erwähne. Das hat wohl auch mit der politischen Zusammensetzung des Regierungsrats zu tun. Klaus Kirchmayr freut sich auf eine dringliche Debatte zu diesem Thema. Die Grüne/EVP-Fraktion wird sich mit wenigen Ausnahmen, die eine grundsätzliche Philosophie in Bezug auf die Dringlichkeit haben, der Dringlichkeit nicht verwehren. Zudem soll der Wunsch deponiert werden, dass die Regierung bei künftigen Vorstössen die gleichen Massstäbe bezüglich Dringlichkeit anlegt.

Andreas Dürr (FDP) unterstreicht die Dringlichkeit. Die Frage der Finanzen beschäftige auch die Bevölkerung. Ganz vielen Menschen ist dies eine grosse Sorge. Dieser Sorge kann sich der Landrat nicht verschliessen. Es stimmt bedenklich, wenn man sich dieser grossen Sorge als nicht dringlich verschliesst und im selben Atemzug Geld einfach ausgibt, ohne sich zu überlegen, ob man es überhaupt hat oder wo es fehlen wird. Es ist ein wenig bezeichnend, dass die Ratslinke Geld offensichtlich lieber ausgibt, als darüber nachzudenken, wer es bezahlt.

Peter Riebli (SVP) führt aus, dass das Familienbudget regelmässig überprüft werde, wenn grosse Ausgaben wie ein Hausbau getätigt werden. Man schaut, ob man sich im Budgetrahmen bewegt, ob mehr als geplant ausgegeben wurde, ob überhaupt noch liquide Mittel vorhanden sind, ob man sich goldene Wasserhahne leisten kann oder am Brunnen Wasser holen muss. In der Coronakrise wurde massenhaft Geld ausgegeben. Dies wurde sehr schnell beschlossen, was wichtig war, damit die Unternehmen und Einzelpersonen ihre Existenzen sichern konnten. Hin und wieder muss man aber das Portemonnaie öffnen und schauen, wieviel noch drin ist. Man kann nicht einfach Geld ausgeben, ohne eine Ahnung zu haben, wo man landet. Es ist nun höchste Zeit für einen Kassensturz und man muss sich überlegen, was man sich in Zukunft überhaupt noch leisten kann. Welche Ausgaben sind zwingend und wo müsste man Wünschenswertes zurückstellen? Verpasst man diesen Zeitpunkt, gibt weiterhin einfach Geld aus und realisiert in absehbarer Zeit, dass man weit über den Verhältnissen gelebt hat, dann befindet man sich wieder in einer Situation wie vor sechs, sieben Jahren und die Budgetdiskussionen im Landrat werden wieder ganz anders laufen, als in den letzten zwei, drei Jahren. Aus diesem Grund wird der Landrat gebeten, die Dringlichkeit zu unterstützen, damit am Nachmittag klar ist, wo die Kantonsfinanzen ungefähr stehen. So kann allenfalls wieder lockerer über gewisse Geldgeschäfte diskutiert werden. Wenn

der Regierungsrat bereit ist, die Interpellation dringlich entgegenzunehmen, dann ist davon auszugehen, dass am Nachmittag eine fundierte, gute Antwort erfolgen wird. Gegen eine Dringlichkeitserklärung spricht also nichts.

Andrea Heger (EVP) hält es für unbestritten, dass dieses Thema angeschaut werden müsse und dass jetzt nicht Geld ausgegeben werden dürfe, dass später an einem anderen Ort fehle. Ein Schnellschuss am Nachmittag ist aber zu wenig fundiert. Eine saubere Aufbereitung wird vorgezogen. Da die Geschäftsleitung des Landrats die Traktandierung festlegt, könnte man die Interpellation problemlos an der nächsten Landratssitzung traktandieren.

Regina Werthmüller (parteilos) unterstützt die Haltung von Andrea Heger. Der Dringlichkeit stattzugeben, sei ein Misstrauensvotum gegenüber der eigenen Regierung. Diese muss innerhalb einer Stunde die Daten aufbereiten und dem Landrat präsentieren. Auch wenn zuhause ein Budget gemacht und geschaut wird, welche Ausgaben möglich sind, macht man das in Ruhe. Dem Regierungsrat eine Stunde dafür zu geben, ist anmassend. Die Dringlichkeit soll zum Wohle einer echten Aufbereitung der finanziellen Situation des Kantons nicht gewährt werden.

Miriam Locher (SP) muss etwas loswerden: Es geht um die Dringlichkeit. Es ist davon auszugehen, dass die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion gerne die Unterstützung der SP-Fraktion für die Dringlichkeit hätten. Dann sollen die Herren aber endlich mit den andauernden Vorwürfen aufhören, die Linken würden nur das Geld aus dem Fenster schmeissen und seien Etatisten. Ein Teil der SP wird die Dringlichkeit unterstützen. Mit unnötigen Vorwürfen soll aber endlich aufgehört und reflektierte Voten gehalten werden. Vielen Dank dafür.

Andi Trüssel (SVP) sagt, der Regierung spreche man jeweils die Verantwortung und das Vertrauen aus. Gleichzeitig hat man das Gefühl, der Regierungspräsident Anton Lauber habe seine Kasse nicht im Griff und könne nicht innert einer Viertelstunde darüber Auskunft geben. Das kann er aber, andernfalls wäre er nicht mit der Dringlichkeit einverstanden. Dieser ist stattzugeben.

://: Der Landrat stimmt der Dringlichkeit mit 63:17 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu. Das erforderliche 2/3-Mehr wurde erreicht.
